



AUCH ICH SCHWEIGE HIER ÖFFENTLICH

weil ich mich in kein Gespräch über Völkermord
hineinziehen lasse

weil atomare Waffen keine Waffen, sondern
Völkermordinstrumente sind

weil ich im Zusammenhang mit atomaren Waffen weder
von Krieg noch von Frieden sprechen kann

weil solches Schweigen eine Sprache ist, die überall
verstanden wird

weil ich in einer Diskussion über Bedingungen, unter denen
ich auf den Einsatz von Völkerverteilungsmitteln
verzichten würde, zum Verbrecher werde

weil die Logik der wechselseitigen atomaren Abschreckung
Wahnsinn ist

weil ich nicht mit Selbstmord drohe

weil die Zone des Schweigens, die in der Nazizeit die
Genozidmaschine der Vernichtungslager umgab, ersetzt ist
durch eine Zone des Redens über die neuen
Vertilgungsmittel

weil ich nur durch Schweigen in der Zone des Redens
beredt sein kann

weil Schweigen nicht integrierbar und nicht regierbar ist

weil

Nicht Zutreffendes streichen – Zutreffendes ergänzen – Weitergeben

WELTHANDEL

Vor Unctad VI in Belgrad: Universellstes Forum für Nord-Süd-Fragen – Wegen Rezession der Industriestaaten Entwicklungsländer in Wirtschaftskrise – Gespenst des Protektionismus – Begeisterungsschwund für Rohstofffonds und -abkommen – Mehr als 20 Milliarden Dollar Exporterlösausfälle – Kompetenzfragen zwischen Unctad und Internationalem Währungsfonds – Fragwürdige US-Doktrin: Eigenes Wirtschaftswachstum bringt Entwicklungsschub – Berücksichtigung der Ärmsten derzeit tabu. *Richard Gerster, Richterswil*

KIRCHE

Konflikte in den Gemeinden: Auf 4. Gemeindeforum in Linz berichten Basisgruppen und Pfarreien – Thema: Konfliktbewältigung – Scheinharmonie und Konfliktscheu – Konfliktfelder: Stellung der Frau, Ausschluß der Unterschicht, Gegensatz Geschwisterkirche/Priesterkirche – Selbstverantwortung und Freimut – «Nicht immer nach oben schielen, ob's gefällt». *Walter Ludin, Luzern*

Vom Umgang mit Widersprechenden: Paulus geht mit Gegnern anders um als Verfasser der Pastoralbriefe – Pluralismus und Gesetzmäßigkeiten in den neutestamentlichen Gemeinden – Aus ihren Erfahrungen ergibt sich normativer Rahmen für bevorzugtes Verhalten – 12 Sätze aktuell kommentiert – Liste soll uns helfen, andere und uns selber besser zu verstehen. *Hermann-Josef Venetz, Fribourg*

INTERVIEW

Zur Schweizer Jugendpolitik: *Marzell Camenzind*, Kapuziner, Jugendseelsorger und Mitglied der Eidgenössischen Jugendkommission – «Thesen zu den Jugendunruhen» (1980) und «Antithesen» (1982) waren Bestseller – Heute überwiegt das Schweigen – War «damals» alles nur aufgebauscht? – Jugendkommission wird Sündenbock – Neuer politischer Vorstoß fordert Unterstützung der Jugendleiter-Ausbildung – Jugendarbeit ist Verantwortung aller – Erfahrungen in der Basler Region. *Interview: Josef Bruhin*

BUCHBESPRECHUNG

Schuld und Sünde in der Theologie der Gegenwart: *Michael Sievernichs* gelehrtes und aktuelles Werk – Repräsentative Autoren und ihr geistig-kulturell-gesellschaftlicher Kontext – «Unschuld», «Schuld» und sündige Strukturen – Eine Art Kompendium der Schuld-Theologie. *Heinz Robert Schlette, Bonn*

HINWEIS

Schweigen für den Frieden (zur Titelseite).

Vor der Welthandelskonferenz in Belgrad (UNCTAD VI)

Rund 35 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten, Europa sowie Japan und Handelskonflikte in diesem Dreieck der westlichen Industriestaaten haben in den letzten zwei Jahren den wirtschaftlichen Nord-Süd-Dialog in den Hintergrund gedrängt. Auf der politischen Bühne spielt der West-Ost-Konflikt wieder die Hauptrolle. Die Dritte Welt wird kaum mehr als eigenständige dritte Kraft betrachtet, sondern gerät mehr und mehr wieder in ihre frühere Rolle als politisches und wirtschaftliches Hinterland der beiden Supermächte. War vor einiger Zeit der Plan von «Globalverhandlungen» im Hinblick auf neue Spielregeln der Weltwirtschaftsordnung in aller Munde, wird heute dieses Stichwort kaum mehr erwähnt. Welcher Stellenwert kommt in diesem unfreundlichen Umfeld der VI. Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) zu, welche vom 6.-30. Juni 1983 in Belgrad stattfinden wird?

Die UNCTAD, ein Organ der Vereinten Nationen, wurde 1964 gegründet und zählt heute 166 Mitglieder – einige mehr als die UNO selber. Die UNCTAD ist daher das universellste Forum zur Diskussion von Nord-Süd-Fragen. Alle vier Jahre wird eine Plenartagung abgehalten, letztmals in Manila im Jahre 1979 (vgl. Orientierung 1979, S. 119ff.). Die bevorstehende sechste Plenartagung dürfte erneut zahlreiche Entschlüsse zwischen von Regierungen und internationalen Organisationen verabschieden. Ob eine Mammutkonferenz und der damit verbundene bürokratische Aufwand eine effiziente Verhandlungsform darstellen, mag hier dahingestellt bleiben. Unzweifelhaft hat die UNCTAD jedoch in den knapp 20 Jahren ihres Bestehens dem Nord-Süd-Dialog zahlreiche Impulse vermittelt und als echter Katalysator gewirkt. Mit der UNCTAD VI in Belgrad werden Nord-Süd-Fragen wieder in den Brennpunkt des Interesses von Regierungen und Öffentlichkeit gerückt.

Schwierige weltwirtschaftliche Ausgangslage

Die Rezession der Industriestaaten mündete für die Entwicklungsländer in eine eigentliche Wirtschaftskrise. Was an der letzten Plenartagung 1979 in Manila an Befürchtungen geäußert wurde, ist mittlerweile Realität geworden. Die Märkte der Industrieländer werden durch Handelshemmnisse von der unliebsamen Konkurrenz aus Schwellenländern wie Brasilien, Südkorea oder Singapur in zunehmendem Maße abgeschottet. Das Gespenst des neuen Protektionismus scheut das Tageslicht nicht mehr. Der wirtschaftliche Krebsgang der Industriestaaten hat einen Rückgang der Nachfrage nach Rohstoffen aus der Dritten Welt bewirkt, der die realen Rohstoffpreise teilweise auf den Stand nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgeworfen hat. Die Verschuldung der Entwicklungsländer erreicht mit über 700 Milliarden Dollar Ende 1982 nie gekannte Größenordnungen. Die brüchige Zahlungsfähigkeit verschiedener Länder ist offensichtlich geworden. Die restriktive Geldpolitik der USA hat das internationale Zinsniveau massiv angehoben, so daß die Zinszahlungen die Entwicklungsländer belasten wie noch nie.

Diese harten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinterlassen markante Spuren in der sozialen Landschaft der Entwicklungsländer. Unter dem Titel der «Sanierung» werden Investitions-, Infrastruktur- und Sozialausgaben gekürzt. Einer so konzipierten Wirtschaftspolitik fehlen nicht nur die Mittel zur Bekämpfung der Armut, sondern sie hat oft sogar die weitere Verelendung der benachteiligten Schichten zur Folge. Das kann zum politischen Risiko einer Regierung werden und einer Stärkung von Repression und Unterdrückung Vorschub leisten, wenn die Bevölkerung die Maßnahmen nicht stillschweigend hinnimmt.

Während in der Beschreibung der Krisensymptome weitgehende Übereinstimmung bei den Industrie- und Entwicklungslän-

dern herrscht, klaffen die Meinungen über die Ursachen und die Therapie weit auseinander. Auch innerhalb der Gruppe der westlichen Industrieländer sind die Meinungsdivergenzen in den letzten Jahren größer geworden. Eine Polarisierung bis zur Zerreißprobe bringt oftmals die Position der USA, seit die amerikanische Entwicklungspolitik die Handschrift von Ronald Reagan trägt.

In Belgrad wird – wie an den früheren UNCTAD-Konferenzen – praktisch die ganze Palette von Themen im Nord-Süd-Dialog zur Sprache kommen. Schwergewichte zeichnen sich im Rohstoffbereich, bei Handelsfragen und den Problemen der Entwicklungsfinanzierung ab. Einigen Themen soll im folgenden nachgegangen werden.

Stagnierende Rohstoffpolitik

Im Juni 1980 wurde die Gründung eines «Gemeinsamen Rohstofffonds» enthusiastisch als «Durchbruch» gefeiert. 92 Staaten unterzeichneten den Vertrag. Der Rohstofffonds bezweckt eine Erleichterung der Finanzierung von Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise. Überdies will er die Verarbeitung von Rohstoffen an Ort und Stelle, Forschung und Entwicklung, Produktivitätsverbesserungen usw. fördern. Heute, drei Jahre später, ist der Rohstofffonds nach wie vor nicht in Kraft. Mindestens 90 Länder, welche zusammen zwei Drittel des Grundkapitals von 470 Mio. Dollar auf sich vereinigen, müssen das Vertragswerk ratifizieren. Weniger als die Hälfte der erforderlichen Anzahl Staaten haben bis heute das Ratifikationsverfahren abgeschlossen, obschon die Frist bereits einmal bis zum 30. September 1983 verlängert worden ist. Während die Schweiz die Gründung des Fonds aktiv unterstützt und dementsprechend das Abkommen auch ratifiziert hat, stand z. B. die Bundesrepublik Deutschland bisher abseits. Im Norden bestehen bei einigen Staaten Bedenken über die Konformität des Fonds mit marktwirtschaftlichen Prinzipien. Im Süden hingegen wird mit der Ratifikation gezögert, weil der Fonds in der Optik der Entwicklungsländer über eine zu geringe Mittelausstattung verfügt. Ursprünglich hatte sich die Dritte Welt einen mächtigen Rohstofffonds von 6 Milliarden Dollar erhofft gehabt. Die UNCTAD VI dürfte einen Appell an die Regierungen richten, den Gemeinsamen Rohstofffonds in allernächster Zeit zu ratifizieren.

Der Fonds nützt jedoch wenig, wenn er nicht durch funktionierende *Rohstoffabkommen* Substanz erhält. Ursprünglich war die Rede von 18 einzelnen Abkommen, an denen Produzenten- und Konsumentenstaaten gemeinsam mitwirken sollten. Damals befanden sich vier Abkommen für Kakao, Kaffee, Zinn und Zucker bereits in Kraft. Seither sind zwei neue Abkommen für Naturkautschuk und Jute abgeschlossen worden. In naher Zukunft bestehen gute Aussichten, internationale Abkommen für Tropenholz und Tee zu erzielen. Mehr als diese 8 Abkommen dürften auf absehbare Zeit kaum zum Tragen kommen. Und auch bei den existierenden Abkommen haben eigentlich nur die Abkommen für Kakao und Zinn einigermaßen funktioniert. Denn wie hätte man beispielsweise den Zuckerpreis erfolgreich verteidigen sollen, wenn die Europäische Gemeinschaft als größter Zuckerexporteur auf dem freien Markt nicht bereit ist, Mitglied des Zuckerabkommens zu werden?

Mehr als 20 Milliarden Dollar Exporterlösausfälle

Die Nachfrageflaute in den Industrieländern bewirkte einen Preiszerfall für Rohstoffe auf breiter Front. Das UNCTAD-Sekretariat errechnete einen Rückgang der Exporterlöse von 1980 bis 1982 für die Entwicklungsländer um 21 Milliarden Dollar. Derartige Schwankungen in den Deviseneinnahmen sabotieren jegliche Entwicklungsplanung. Deswegen sind sowohl im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) als

auch durch die Europäische Gemeinschaft (EG) Mechanismen eingerichtet worden, um Exporterlösausfälle zu kompensieren. Die gigantischen Verluste der vergangenen Jahre haben diese Systeme jedoch weit überfordert. Insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer hatten einmal mehr das Nachsehen, da sie im IWF nur über geringe Quoten verfügen. Denn der Kapitalanteil plafoniert das Ausmaß, in dem Exporterlösausfälle geltend gemacht werden können.

Verschiedene Vorschläge sind in Vorbereitung, um die beiden bestehenden Systeme zu ergänzen. Die USA möchten allerdings gar keine Diskussion darüber in der UNCTAD, sondern weisen die alleinige Kompetenz in dieser Frage dem IWF zu. Andere Länder, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz, sind gegenüber einer aktiven Rolle der UNCTAD in dieser Sache durchaus offen. Die Verneinung einer UNCTAD-Kompetenz in Sachen Exporterlösstabilisierung hält einer sachlichen Prüfung nicht stand und ist letztlich nur als taktisches Bremsmanöver zu verstehen. Im Gegensatz zum Rohstofffonds und dem Rohstoffabkommen, welche ohne die USA kaum funktionsfähig sind, ist ein Mechanismus zur Exporterlösstabilisierung auch ohne die USA ohne weiteres denkbar. Das Stabex-System der EG hat den Beweis dazu erbracht. Ein halsstarriges Absichtsstehen der USA könnte für sie unerwünschte politische Folgen (Isolierung) zeitigen, wenn die Verhandlungen trotzdem in Fahrt kommen sollten. Eine technisch ausgefeilte Lösung ist an der UNCTAD allerdings nicht zu erwarten. Doch ist ein positiver Grundsatzentscheid für weitere Verhandlungen im Bereich des Möglichen, falls sich einige Delegationen dafür stark machen. In diesem Sinn bestehen Erwartungen unter anderem an die Repräsentanten von Deutschland, von Schweden und der Schweiz, ihre positive Grundhaltung in eine aktive Politik umzusetzen.

Stillstand bei der Entwicklungshilfe

Das düstere Bild wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird in keiner Weise durch eine großzügige Entwicklungshilfe aufgehellt. Denn die Leistungen der *westlichen Industriestaaten* stagnierten seit mehreren Jahren bei 0,35% des Bruttosozialprodukts, was 1981 rund 25 Milliarden Dollar entsprochen hat. Zwar unternahmen mehrere europäische Länder gewaltige Anstrengungen, trotz ihren inneren wirtschaftlichen Problemen die Entwicklungshilfeleistungen substantiell zu steigern. Diese zusätzlichen Bemühungen werden jedoch neutralisiert durch den Rückgang der amerikanischen Auslandhilfe. In den USA hat die Ansicht Anhänger und an Boden gewonnen, das eigene Wirtschaftswachstum werde der Dritten Welt automatisch den gewünschten Entwicklungsschub bringen. Diese weltanschauliche Grundlage führt zu einer Konzentration der staatlichen Mittel darauf, den Motor des eigenen Wirtschaftswachstums wieder in Gang zu setzen. Und Entwicklungshilfe wird letztlich überflüssig. Bei den *planwirtschaftlich organisierten Ländern* des Ostens wiederum sind keine Anzeichen für eine Erhöhung ihres äußerst niedrigen Entwicklungshilfevolumens auszumachen. 1981 betrug deren Entwicklungshilfe ganze 0,14% des Bruttosozialproduktes. Und die *OPEC-Mitglieder* sind daran, ihre Entwicklungshilfe angesichts fallender Erdölpreise zu reduzieren. Allerdings beträgt sie mit knapp 1,5% des Bruttosozialprodukts immer noch ein Mehrfaches jener der Industrieländer.

Vier der Industrieländer – nämlich die Niederlande, Schweden, Norwegen und Dänemark – erbringen mehr als 0,7% Entwicklungshilfe, wie das vor Jahren eine UNO-Richtlinie als wünschbar bezeichnet hat. Österreich, Kanada, Finnland, Frankreich und Italien haben sich verpflichtet, bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts die 0,7%-Grenze zu überschreiten. Die übrigen Industrieländer, mit Ausnahme der USA und der Schweiz, haben die 0,7%-Richtlinie als wünschbar anerkannt, ohne jedoch eine verbindliche Erklärung abzugeben, ab wann sie 0,7% an Entwicklungshilfe leisten wollen. Die USA und die Schweiz befin-

den sich in einer unkomfortablen Isolation, weil sie als einzige Staaten bisher der 0,7%-Formel die Gefolgschaft verweigert haben. Die Schweiz würde gut daran tun, die Wünschbarkeit von 0,7% Entwicklungshilfe anzuerkennen, nachdem mehrere große Parteien dieses Ziel nun befürworten. Trotz den Schwierigkeiten des Bundeshaushalts scheint eine derartige Erklärung opportun, ist doch ungleich den USA die grundsätzliche Be-rechtigung der Entwicklungshilfe keineswegs bestritten.

Entwicklungshilfe ist nur ein Mosaikstein neben anderen im Beziehungsgefüge von Süd und Nord. Maßnahmen zur Steigerung der privaten und öffentlichen Entwicklungshilfe müssen ergänzt werden durch Anstrengungen in anderen Bereichen.

Zauberwort «Anpassung»

Nach dem Ölschock von 1973 hatte die Losung «Finanzierung» geheißt, und zwar Finanzierung der großen Zahlungsbilanzdefizite sowohl der Industrie- wie auch der erdölexportierenden Entwicklungsländer. Diese Bewältigung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf Pump trieb die Verschuldung der Entwicklungsländer hinauf. Der zweite Ölschock von 1979 gab den Defiziten neue Nahrung. Mißwirtschaft und Korruption in einzelnen Ländern wie Mexiko oder Zaïre rissen neue Löcher in die Devisenkassen. Dazu kam der Schwund der eigenen Devisenerlöse, und dazu kamen nie dagewesene Jahreszinsen von bis gegen 20% und eine Exportoffensive der Industrieländer zur Bekämpfung ihrer eigenen Arbeitslosigkeit. Diese verschiedenen Faktoren verschärften nicht nur die Verschuldung, sondern machten gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer zum Abbau ihrer Zahlungsbilanzdefizite unausweichlich. Diese Politik zielt auf eine Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Gegebenheiten.

Anpassung heißt einmal *Steigerung der Exporte*, um den fälligen Zinszahlungen und Rückzahlungen nachkommen zu können. Oft werden die Exporte mit einer Abwertung verbilligt. Oder durch steuerliche Anreize werden ausländische, exportorientierte Investitionen angezogen. Die Ansprüche der ausländischen Gläubiger verdrängen so tendenziell die landwirtschaftliche oder industrielle Produktion für den Eigenbedarf. Hunger und Nahrungsmittelexporte eines Landes zur selben Zeit schließen sich deshalb nicht aus.

Anpassung heißt aber auch *Verringerung der Importnachfrage*. Zum Beispiel verteuert eine Abwertung die Importe. Das defizitäre Staatsbudget wird saniert, indem einzelne Ausgabenposten einer Abmagerungskur unterworfen werden. Diese Ausgabenkürzungen erfolgen kaum je beim Militär. Vielmehr werden oft Subventionen für Grundnahrungsmittel, wie zum Beispiel Reis in Sri Lanka, verringert oder gestrichen.

Hinter der Zauberformel der «Anpassung» verbergen sich somit äußerst schwere wirtschaftliche und soziale Lasten. *Markus Lusser*, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, stellte vor kurzem nüchtern fest: «Das Elend breiter Bevölkerungsschichten wird sich zumindest vorübergehend weiter vergrößern.» Allerdings: Ob man diesen Trend einfach schicksalhaft zu akzeptieren hat, ist eine andere Frage. Denn der Internationale Währungsfonds (IWF) als zentrale weltwirtschaftliche Schaltstelle würde eigentlich Ansatzmöglichkeiten bieten, um die schlimmsten sozialen Härten von Sanierungen zu vermeiden – sofern der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Beim Ringen um die knappen Ressourcen eines Entwicklungslandes müssen die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung unter allen Umständen vor den Ansprüchen der ausländischen Gläubiger kommen. Dieser Grundsatz sollte eigentlich Ausgangspunkt jeglicher Wirtschaftspolitik sein, jener des IWF eingeschlossen. Und: *Die interne Verteilung der Anpassungslasten im Entwicklungsland darf nicht allein Spielball der lokalen Machtkonstellation bleiben.* Denn die einheimischen Regierungen versuchen öfters, die Lasten der Anpassungspolitik auf die

ohnmächtigen Schichten abzuwälzen. Dieser Tendenz könnten der IWF und seine Mitglieder ebenso sehr entgegenreten, wie sie eine möglichst günstige Ausgangslage für die ausländischen Gläubiger zu erwirken versuchen.

Ein Tabu: Entstehen für benachteiligte Bevölkerungsschichten

Die Frage, wer innerhalb der Entwicklungsländer die sozialen Kosten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu tragen hat, wird kein Thema der UNCTAD VI sein. Diese Fragen gelten als Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten. Sie sind tabu. Stattdessen fordert die UNCTAD einen sofortigen, massiven Transfer finanzieller Ressourcen vom Norden in den Süden. Auf einer nicht-rückzahlbaren Basis würde ein derartiges Programm zweifellos eine vorübergehende Atempause gewähren. Aber für eine Entwicklungspolitik zur Besserstellung sozial benachteiligter Schichten genügt das nicht. Denn die ungelösten internen Fragen politischer und sozialer Natur sind damit nicht aus der Welt geschafft. Es wäre an der Zeit, daß Länder wie die Schweiz, welche ihre Entwicklungspolitik von Gesetzes wegen auf die «ärmeren Entwicklungsländer, Regionen und Bevölkerungsgruppen» auszurichten haben, mit diesem Diplomaten-Tabu brechen und eine unmißverständliche Erklärung zugunsten einer Politik für die ärmeren Bevölkerungsgruppen abge-

ben wollten. Allerdings: Werden auf eine solche Erklärung auch Taten folgen, wenn sich beispielsweise Konflikte mit Gläubigerinteressen abzeichnen?

Ein anderes Dogma nicht nur der Industrieländer, sondern auch der UNCTAD ist die Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt. Die UNCTAD-Vorschläge sind zwar nicht immer marktwirtschaftlich ausgerichtet und werden zuweilen als dirigistisch kritisiert. Sie bezwecken jedoch durchwegs eine vermehrte Teilnahme der Dritten Welt an den internationalen Handels- und Kapitalströmen. Müßte jedoch nicht gerade die aktuelle Krise in den Entwicklungsländern als Fingerzeig verstanden werden, daß der herkömmliche Entwicklungspfad einer Integration in den Weltmarkt nicht der Weisheit letzter Schluß ist? Zu verlangen, daß eine Welthandelskonferenz die wohlstandsfördernden Auswirkungen des Nord-Süd-Handels in Frage stellt – das grenzt an Ketzerei.

Richard Gerster, Richterswil

DER AUTOR, Dr. Richard Gerster, ist Koordinator für Entwicklungspolitik der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas und Verfasser mehrerer Publikationen zu Entwicklungsfragen, unter anderem von «Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Entwicklungsländer», Z-Verlag, Basel 1982.

KONFLIKTE IN DEN GEMEINDEN

Viertes deutschsprachiges Gemeindeforum (29.4.–1.5. in Linz)

320 Mitglieder von Basisgruppen und Pfarreien, «die auf dem Weg zur Gemeinde sind», trafen sich Ende April in Linz zum vierten deutschsprachigen Gemeindeforum. Das erste dieser Treffen, das dem Erfahrungsaustausch von Christen aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz dient, hatte 1977 in Eschborn bei Frankfurt a.M. stattgefunden. Auch wenn Neuaufbrüche in der Kirche es seither eher schwerer haben, brachten die Tage von Linz allen Teilnehmern die ermutigende Erfahrung, daß vielerorts Gruppen von Gläubigen den Versuch machen, *betreute* Gemeinden zu *mitverantwortlichen* Gemeinden zu entwickeln. Die Laien und Priester erzählten einander, wie «Kirchenträume» trotz vieler Widerstände von «oben» und von «nebenan» ein Stück Wirklichkeit geworden sind.

Zu wenig Konflikte?

«Konflikte und ihre Bewältigung in den christlichen Gemeinden»: So hieß das Thema des Gemeindeforums '83. In den vorbereitenden Unterlagen, die von den teilnehmenden Gemeinden erarbeitet worden waren, findet sich mehrmals der Hinweis, es gäbe in der Kirche oft zu wenig statt zu viele Konflikte. *Heinz-Manfred Schulz*, der als Pfarrer von Eschborn einer der wichtigsten Initianten der Gemeindeforen ist, schrieb hier von einer «Konfliktscheu», die «leider alles ausklammert, was Konflikte schafft, weil man ein falsches Friedensideal hat, das im reinen Bewahren einer *Scheinharmonie* besteht». Es sei deshalb nicht nur zu fragen, wie Konflikte «bereinigt» werden könnten, sondern welche vom Evangelium her notwendigen Konflikte geschaffen werden müßten. Die Vielzahl bestehender Streitpunkte verunmöglichte es dann allerdings, auf diese Frage näher einzugehen. Immerhin wurde in den Arbeitskreisen darauf hingewiesen, es bestünde für die Prediger nicht nur ein Recht, provokativ zu sprechen. Es sei auch ihre Pflicht, konfliktträchtige Themen wie etwa «Frieden» aufzugreifen.

Bei der Vorstellung der *Linzer Gemeinden*, welche das Forum organisierten, wie auch in den schriftlichen Berichten der Teilnehmer kamen *zwei Konfliktbereiche* häufig zur Sprache: die Spannungen zwischen fortschrittlichen und traditionellen Gläubigen sowie die mangelnde Offenheit der Pfarreien und Basisgruppen. Der erste Konfliktbereich entzündet sich nicht

seltener an Einzelheiten der liturgischen Gestaltung («alte Lieder sind alte Hüte», «wo bleiben die schönen liturgischen Gewänder?»). Während beim zweiten Punkt Pfarreien sich schwer tun, Neuzugezogene zu integrieren, wirken Basisgruppen und -gemeinden auf Außenstehende vielfach wie eine Clique, die kaum neue Mitglieder aufnimmt. Die «Insider» bringen es nur schwer fertig, die bestehenden Kontakte untereinander intensiv zu pflegen und gleichzeitig für «Neue» offen zu sein.

► Ein Konfliktfeld, das sich bei den Gesprächen der Gemeindeforen als Dauerbrenner erweist, ist die *Stellung der Frau* in der Kirche. In einem Podiumsgespräch beklagten sich Frauen, in der HERRschenden Theologie der Männer komme ihre Erfahrungswelt nicht oder nur am Rande vor. Die Hauptakteure liturgischer Feiern seien immer noch die Männer. Vor allem aber dürften Frauen in der Kirche nur mitarbeiten, wenn es ihnen «wohlgesonnene Männer» ermöglichen: «Mögliche Mitarbeit ändert nichts an frauenfeindlichen Strukturen.»

► Das Podiumsgespräch beleuchtete einen zweiten kirchlichen Notstand: den fast vollständigen Ausschluß des als *Unterschicht* bezeichneten Teils der Bevölkerung. Wo dieser Konflikt deutlich wird, ist schon ein Anfang seiner Lösung gegeben. Denn dadurch zeigt sich, daß die Unterschicht es endlich wagt, sich bemerkbar zu machen, oder daß sie wenigstens ein Sprachrohr gefunden hat. Als Grund für das Fernstehen der Unterschicht/Arbeiterschaft wurde die Trennung zwischen Leben und Glauben genannt. In der Liturgie kommt ihr Alltag nicht vor: ihre Existenzangst, ihre Auswechselbarkeit und Arbeitslosigkeit, ihr Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung. Die tonangebende Mittelschicht in der Kirche hat vergessen; daß ihr Gott ein «Gott der kleinen Leute» ist.

«Geschwisterkirche» – «Priesterkirche»

Der umfassendste Konflikt aber, der auf dem Gemeindeforum '83 festgestellt wurde, ist jener zwischen einer «*Geschwisterkirche*» und einer «*Priesterkirche*» (*Paul Weiß*).¹ Während die «Priesterkirche» um ihren Leiter kreist und sich von ihm versorgen läßt, hat in der «Geschwisterkirche» das allgemeine Priestertum den Vorrang vor dem besondern Priestertum, das den Klerus und die Laien als zwei Klassen voneinander trennt.

¹ Kurz vor dem Gemeindeforum erschien von Paul Weiß, der diese Treffen von Anfang mitgeprägt hat, das Buch: «Ihr alle seid Geschwister. Gemeinde und Priester», Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1983. 149 Seiten, Fr. 19.80.

Gerade am Eröffnungstag des Forums erschien in der Linzer Kirchenzeitung die Zusammenfassung eines Referates von Professor *Gottfried Bachl*, Linz, in welchem dieser die hierarchische Teilung der Kirche für radikaler hält als die Aufspaltung der Kirche in verschiedene Konfessionen. Daß es zahlreiche Ansätze zur Überwindung dieser «Kirchenspaltung» gibt, bewiesen die 320 Forumsteilnehmer. Wenn die Laien unter ihnen in ihren Pfarreien und Gruppen die «Priesterzentriertheit» ganz oder teilweise abgebaut haben, taten sie es nicht aus einem innerkirchlichen «klassenkämpferischen» Ansatz heraus. Sie äußerten vielmehr die Bereitschaft, die Sache der Kirche zu ihrer eigenen Sache zu machen.

Diese Übernahme von Mitverantwortung führt nicht nur bloß zu einem neuen pfarreilichen Organigramm. Sie gibt dem kirchlichen Alltag auch ein neues Gesicht: mit mehr Verbindlichkeit und größerer Lebensnähe. Nicht selten treten dafür rituelle Vorschriften oder gewisse dogmatische Inhalte in den Hintergrund. Dies wiederum kann Auseinandersetzungen mit bischöflichen Ordinariaten nach sich ziehen. Dabei steht oft eine Gemeinde, die unter sich den Dialog eingeübt hat, einer Verwaltung gegenüber, die an administrative Maßnahmen gewohnt ist. Es stellt sich außerdem die Frage, wie weit Einzelheiten des Gemeindelebens überhaupt von oben dekretiert werden dürfen. Professor *Hermann-Josef Venetz*, Freiburg/Schweiz, jedenfalls meinte: «Die Entscheidung darüber, was der Gemeinde zum Aufbau und zum Nutzen, d. h. zum Leben dient, liegt in der Gemeinde selbst. Dies ist die logische Folgerung aus dem Bekenntnis, daß die Gemeinde der leibhafte Christus ist.»

Wenn selbstbewußt gewordene Gemeinden in Konflikten mit der Kirchenleitung nicht sofort klein beigeben, berufen sie sich auf die *Parrhesie*, den Freimut der Rede, für H. U. v. Balthasar ein «Schlüsselwort der Offenbarung».

Dazu schrieb eine kämpferische Hochschulgemeinde in den Unterlagen des Gemeindeforums: «Ihren Protest halten Gemeinde und Pfarrer nicht für einen Akt des Ungehorsams, sondern für eine zudringliche Art des Bittens, bis die Entscheidung (Versetzung ihres Priesters, d. Verf.) wirksam ist. Solange sie noch zurückgenommen werden kann, wird wohl diese Aufdringlichkeit nicht erlahmen. Christen werden ihren Bischof noch so bitten dürfen, wie Jesus uns lehrt, daß wir den Vater bitten sollen.»

Gerade aus der theologischen Einsicht heraus, daß Kirche in den Gemeinden lebt und die Gesamtkirche eine «Gemeinschaft der Gemeinden» ist, sind die Pfarreien und Basisgemeinden zu einem solchen Freimut berechtigt. Nach einem Votum, das der Schriftsteller und Priester *Peter Paul Kaspar*, Linz, während des Podiumsgesprächs abgab, würde «das ängstliche Schielen nach der Zustimmung der Kirchenleitung und das weinerliche Beklagen der Differenzen» diesem Selbstverständnis der Gemeinden widersprechen. Kaspar fügte dieser These eine weitere hinzu: «Die Freiheit (auch im innerkirchlichen Konflikt) gewinnt man nicht dadurch, daß man um sie winselt, sondern dadurch, daß man sie sich schrittweise, klug und beharrlich nimmt.»

Vom Umgang mit Widerspruch: Was lehren Gemeindeerfahrungen des NT?

Ich hatte vor einiger Zeit den Auftrag, für die Zeitschrift *Concilium* einen Beitrag zu schreiben, in welchem aufgezeigt werden sollte, wie nach den Zeugnissen des Neuen Testaments die frühen christlichen Gemeinden mit Widersprechenden umgegangen sind und wie jene mit Widersprechenden umgegangen sind, die in den urchristlichen Gemeinden glaubten Verantwortung zu tragen.¹ Natürlich wollte und konnte ich nicht alle «Fälle» im Neuen Testament untersuchen, in welchen mehr oder weniger deutlich Spuren von Auseinandersetzungen und Konflikten festzustellen waren. Vielmehr ging es mir darum, einige Faktoren herauszuarbeiten, die den Umgang mit Widersprechenden entscheidend beeinflussten. Anlaß zu diesem Vorgehen gab mir eine Reihe von Untersuchungen, die die Ver-

«Mächtig» und «mündig»

«Mächtigkeit» und «Mündigkeit» waren zwei weitere Stichworte, unter denen in Linz versucht wurde, sich Klarheit zu verschaffen über die Lösung von Konflikten zwischen Basis und Hierarchie. Dabei wurde «Mächtigkeit» verstanden als Gegensatz zur Macht, die autoritatives Verhalten meint, z. B. das Fällen einer Entscheidung ohne den Einbezug der Betroffenen. «Mächtigkeit» meint den «Einfluß, der von überzeugten und engagierten Personen ausgeübt wird: ein gemeinsames Suchen nach der Wahrheit, Dialog, Achtung vor der Person und der Meinung des andern». Man war davon überzeugt, daß die innerkirchliche Machtausübung in Schranken gehalten wird, wenn es immer mehr christliche Gemeinden gibt, die ihre Mächtigkeit leben.

Mit der Mündigkeit der Gemeinden beschäftigte sich H. J. Venetz in seinem zweiteiligen Grundsatzreferat, in dem er vor allem untersuchte, wie Paulus (der echte Paulus) mit seinen Gemeinden umging. Ausführlich kamen (im ersten Teil) die Zustände der Gemeinde von *Korinth* zur Sprache: vieles sprach dort dagegen, die Gemeinde als mündig zu behandeln. Trotzdem versuchte Paulus nicht mit Verboten und Geboten Ordnung zu schaffen. Er zwang der Gemeinde keine starre Verfassung auf und setzte ebensowenig eine straffe Führung ein. Ebenso wandte er sich an keine Autoritätsperson. Vielmehr schrieb er an die ganze Gemeinde, nahm sie als verantwortliches Subjekt ernst und stellte ihr Entscheidungshilfen zur Verfügung. Daß er sie als mündig betrachtete, hat für Venetz wesentlich mit *Glauben* zu tun: weil nämlich Paulus die christliche Gemeinde als «*Leib Christi*» ansieht:

«Die Gemeinde ist Gemeinde Gottes, nicht des Paulus Gemeinde; sie ist der leibhafte Christus, nicht des Paulus Leib. Die Ämter und Begabungen sind Geschenke Gottes und nicht Gaben oder Befaßungen des Paulus.» Das Bild der Leibhaftigkeit führt aber auch zu einer Reihe wichtiger Einsichten über das Verhältnis der Ämter und Funktionen untereinander und zur Gesamtgemeinde («Es gibt kein Amt «über» der Gemeinde, wie es auch kein Glied «über» dem Leib gibt») ... «Es gibt keine «geringen» Ämter und Dienste in der Gemeinde» ... «Jedes Amt in der Gemeinde – ganz besonders auch das Amt des Gemeindeleiters – ist in die Spannung von Einheit und Vielheit hineingegeben».

Die Vielfalt der Ämter ist notwendig, damit Christus in allen Bereichen menschlichen Lebens leibhaftig wird. So soll auch in Konfliktsituationen alle Sorgfalt darauf verwendet werden, daß jeder «nach der ihm verliehenen Gnade» (Röm 12, 6) das Seine zu ihrer Bewältigung beitragen kann, was bedeutet, daß Entscheidungen weder «von oben herab» noch auf Grund einfacher Mehrheitsverhältnisse gefällt werden dürfen. Dazu braucht es sowohl «mündige Christen» wie «mündige Amtsträger». Die mündige Gemeinde ist auch die lebendige Gemeinde: «Nur in ihr und durch sie kann Christus immer mehr leibhaftig werden.»

Walter Ludin, Luzern

(Den zweiten Teil des Referats von H.-J. Venetz, das den Titel trug «Konflikte und ihre Bewältigung in der christlichen Gemeinde», lassen wir hier folgen. *Red.*)

schiedenheit der «Ketzerbekämpfung» (wie man im Fachjargon sagt) in den echten Paulus-Briefen und in den Pastoralbriefen zum Gegenstand haben. Man hat nämlich schon lange festgestellt, daß Paulus in seinen Briefen (vor allem Röm, Gal, 1 und 2 Kor, Phil) mit seinen «Gegnern» oder «Kontrahenten» völlig anders umgeht als der oder die Verfasser der Pastoralbriefe.² Ich meinte nun, daß die Ergebnisse dieser Untersuchungen auch bei der Behandlung anderer Schriften des Neuen Testaments von Bedeutung sein könnten.

¹ Hermann-Josef Venetz, Der Umgang mit den Widersprechenden in den neutestamentlichen Gemeinden: *Concilium* 18 (1982), S. 578–584.

² Norbert Brox, Die Pastoralbriefe (Regensburger Neues Testament 7/2). Regensburg 1969, S. 39–42.

Bei meiner Suche nach den Faktoren, die die Auseinandersetzung mit den Widersprechenden entscheidend beeinflusst und die Konflikte eben auch je ganz anders einer Lösung zuführten, machte ich bald einmal die Feststellung, daß es gar nicht so sehr um spezifisch biblische oder neutestamentliche Faktoren ging, sondern um allgemein menschliche, psychologische und soziologische. So stellte ich fest, daß bei der Art und Weise, wie man mit Widersprechenden umging, das Temperament eine gewisse Rolle spielte, dann aber auch die Weltanschauung, die literarische und rhetorische Begabung, die theologische Kompetenz und Kreativität, das Glaubensverständnis, das Rollen- und Amtsverständnis, die Einschätzung der Mündigkeit, das Einheitsverständnis und vieles andere mehr.

Dabei zeigte sich mir einmal mehr ein erstaunlicher Pluralismus nicht nur innerhalb der urchristlichen Gemeinden, sondern auch innerhalb der neutestamentlichen Schriftsteller. Wer möchte leugnen, daß ein Paulus ein ganz anderes Temperament hatte als ein Lukas? Wer möchte leugnen, daß Paulus eine ganz andere theologische Kompetenz an den Tag legte als der Verfasser des 2. Petrusbriefes? Wer möchte leugnen, daß der Verfasser der Johannesoffenbarung eine ganz andere Weltanschauung vertritt als der Verfasser der Apostelgeschichte? Wer möchte leugnen, daß dem Jesus der Gleichnisse ganz andere Verständigungsmöglichkeiten zu Verfügung standen als dem etwas farblosen und resoluten Verfasser der Pastoralbriefe?

Des weiteren zeigte sich mir, daß die Konflikte, von denen uns die neutestamentlichen Schriften berichten, beileibe nicht immer gerade mustergültig gelöst worden sind. Das mag zu einem Teil recht tröstlich sein; andererseits könnte man aber meinen, daß im Neuen Testament überhaupt nichts Normatives zu unserer Frage stehe. Sicher ist folgendes: Was in der Bibel bzw. im Neuen Testament an Einzelfakten historisch sichergestellt werden kann, hat nicht an sich schon einen normativen Wert. Niemandem wird es heute in den Sinn kommen, die Frage der Verschleierung der Frau gleich zu lösen, wie Paulus im 1. Korintherbrief sie meinte lösen zu müssen.

Dagegen habe ich verschiedene Gesetzmäßigkeiten zu unserer Frage feststellen können. Diese Gesetzmäßigkeiten verstehen sich nicht als Normen und Regeln, aus denen sich unmittelbar eine «Theorie des Pluralismus» ableiten ließe. Es sind eher «feststellende Vorzugsurteile», die zusammengenommen den «normativen Rahmen» für den Umgang mit Widersprechenden oder überhaupt für Konfliktfälle hergeben könnten.

Diese Grundsätze (vgl. unten) tönen so, als ob ich sie erfunden hätte. Tatsache ist, daß diese Grundsätze oder Gesetzmäßigkeiten nicht so in der Bibel stehen, daß sie aber so in der Bibel festgestellt werden können. Was ich zum Beispiel in einer der Thesen über die Zumutung von Mündigkeit und geistiger Reife gegenüber einer Gemeinde sage, mag «modern» klingen; wie sah es aber bei Paulus aus? Obwohl er über die Mündigkeit der Christen in Korinth im Zweifel sein kann (1 Kor 3, 1-3), wagt er es doch, ihnen etwas zuzumuten, und zwar sowohl moralisch wie auch intellektuell. Das zeigt sich darin, daß er die Gemeinde einlädt, Konflikte durchzustehen (vgl. die «Starken» und die «Schwachen» in Korinth oder auch in Rom: 1 Kor 8; Röm 14), oder daß er Gemeinden argumentativ Entscheidungshilfen bereitstellt (1 Kor 7), oder daß er den Gemeinden zumutet, sich selbst mit den Widersprechenden theologisch verantwortbar auseinanderzusetzen (2 Kor 5, 12).

Der Verfasser der Pastoralbriefe traut den Gemeinden nicht viel zu: Er macht sich Sorgen um den moralischen Verfall, der von den «bösen» Widersprechenden verursacht wird, und empfiehlt, überflüssige Diskussionen zu meiden und sich von den Widersprechenden zu distanzieren (1 Tim 6, 20; 2 Tim 2, 23f.; 4, 15; Tit 3, 9). Die Gemeinde tritt fast völlig zurück. Sie wird zur betenden und hörenden Gemeinde. So wie im oben angeführten Fall ließe sich für alle noch zu nennenden «Gesetzmäßigkeiten» die biblische Grundlage bieten, was in diesem Rahmen nicht möglich ist.

Es handelt sich also um «feststellende Vorzugsurteile», die für sich allein genommen nicht forciert oder gepreßt werden dürfen. Der «Vorzug» wird im einzelnen jeweils jenem Verhalten gegeben, das in Konfliktfällen bzw. Widersprechenden gegenüber die größere integrative Kraft besitzt. Diese integrative Kraft wird mit Stichworten umschrieben wie «Verständnisbereitschaft», «Toleranz», «Ernstnehmen des andern», «Duldsamkeit», «Großmut», «Sachlichkeit», «Gerechtigkeit» usw., wobei auffällt, daß diese Stichworte, wenn gewiß auch nur annähernd, so doch das wiedergeben könnten, was in der Bibel mit Basileia (Herrschaft Gottes), Koinonia (Gemeinsamkeit) oder ähnlichem gemeint ist, d. h. aber, daß sie im Grunde irgendwie dahin tendieren, was mit der Sache Jesu gemeint sein könnte. Man mag diesem «indikativen Raster» dann skeptisch gegenüberstehen, wenn es gilt, mit jenen Widersprechenden umzugehen, die auf Obstruktion aus sind. Der «normative Rahmen» wird sich aber vor allem in jenen Fällen bewähren müssen, in denen Verantwortliche mit dem *prophetischen Widerspruch* umzugehen haben.

Aber versuchen wir nun, auf die einzelnen Punkte näher einzugehen.

WELCHES VERHALTEN ZU BEVORZUGEN IST

Einem friedlichen Temperament stehen größere Verständigungsmöglichkeiten zur Verfügung als einem polemischen Temperament.

Hier wäre wohl all das miteinzubringen, was die Psychologie zum Frieden und zur Konfliktbewältigung zu sagen hat, Dinge, die durchaus ernstgenommen werden sollten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf folgendes hinweisen. Temperamente kann man nicht befehlen; sie müssen letztlich doch auch angenommen werden: sei es das eigene Temperament, sei es das Temperament des andern. Zwar soll ich weder für mich noch für den anderen einfach sagen: Der ist nun mal so, ich bin nun mal so, da kann man nichts machen. Wir müssen ja doch auch lernen, mit unserm friedlosen Temperament umzugehen. Ebenso müssen wir lernen, mit dem friedlosen Temperament des andern umzugehen. Meinem polemischen Temperament, an dem ich wohl immer wieder zu arbeiten habe, habe ich aber auch noch andere Möglichkeiten zur Seite zu geben, wie das aus den folgenden Punkten hervorgeht.

In westlichen und östlichen Traditionen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß bei Konfliktbewältigungen Meditation eine wichtige Rolle spielt. Ich darf daran erinnern, daß *Martin Luther King* erst nach stundenlangen Meditationsübungen seine Leute an jenen Punkten auftreten ließ, an denen härtere Auseinandersetzungen zu erwarten waren. Das heißt nicht, daß wir uns nun lange alle möglichen Meditationstechniken aneignen müssen. Hinweise können aber hilfreich sein, z. B. daß wir leise auf dreißig zählen sollten, bevor wir auf eine ärgerliche Frage eine Antwort geben. Sicher ist, daß Frieden – auch im innerkirchlichen Raum – nicht zu haben ist ohne die ständige Arbeit an sich selber – oder sagen wir es besser: ohne die ständige Bereitschaft zur Umkehr. Diese sollte allen psychologischen Trainings vorausgehen oder mit ihnen Hand in Hand gehen.

Ein weisheitlich oder heilsgeschichtlich geprägtes Weltbild ist Widersprechenden gegenüber toleranter als ein dualistisch-apokalyptisches Weltbild.

Kurz läßt sich hierzu sagen, daß Weltbilder weder anbefohlen noch manipuliert werden können. Man kann ihnen höchstens Verständnis entgegenbringen und versuchen, auf indirektem Wege die Konsequenzen eines dualistisch-apokalyptischen Weltbildes etwas zu entschärfen. In diesem Zusammenhang scheint mir wichtig zu sein, daß man sich bemüht, den Gegner nicht in Gegensätze hineinzuromanisieren und auch sich selbst nicht in Gegensätze hineinromanisieren zu lassen. In den meisten Konfliktfällen gibt es mehr als nur zwei Lösungen.

Dazu gehört, daß man sich und andern Zeit läßt. Mit ultimativen Forderungen sollte man sparsam umgehen.

Ein Blick in die Geschichte sollte uns weiser werden lassen und geduldiger. Wir sollten auf die Zeit vertrauen wie auch auf die Natur, die eben keine Sprünge zu machen beliebt. Zuversicht muß mit einem langen Atem gepaart sein, und der lange Atem hat schon etymologisch gesehen etwas mit dem Geist zu tun.

Bemühen wir die Geschichte nicht, um andere zu überzeugen – was soll denn der, der in der Geschichte nicht bewandert ist, dazu sagen, wenn wir den Wissensvorsprung ausspielen? Wenn wir von Geschichte reden, dann doch deswegen, um den eigenen Standpunkt neu zu hinterfragen oder gar zu relativieren, ohne daß dabei die eigenen wie auch die Anliegen des Gegners damit schon verniedlicht werden. Jede Zeit hat das Recht, ihre eigenen Probleme zu haben. Der Liebeskummer der Siebzehnjährigen wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß ich auf die Schrecklichkeit der Kreuzzüge hinweise oder vom Atomknall rede.

Literarische und rhetorische Vielfalt bietet dem Widersprechenden eine größere Chance des Verstanden- und Ernstgenommenwerdens als Widerspruch, Zurechtweisung und Verweigerung des Dialogs.

Dieser Punkt scheint mir nicht nur wichtig, sondern auch interessant, ganz abgesehen davon, daß sich hier Jesus selbst als hervorragendes Beispiel anbietet. Persönlich habe ich den Eindruck, daß das Erzählerische, das Narrative aus unseren Versammlungen und Diskussionen verschwunden ist. Dabei besteht doch die Bibel in ihren großen und wesentlichen Teilen aus Erzählungen. Die Erzählung – welcher Art sie auch immer sei – ist weniger frontal und weniger direkt; sie vermeidet schon dadurch die Konfrontation. Dafür bietet die Erzählung ganz unaufdringlich Identifikationsmöglichkeiten an, durch welche sich der Hörer und Leser neu verstehen kann. Ich erfahre mich als blinden Bettler, als ungläubigen Thomas, als Pharisäer, als Priester, der am Halbtoten vorbeigeht – ohne daß man mir in einem moralisierenden Sinn alle möglichen Vorwürfe an den Kopf werfen muß. Das Spielerische und das Werbende der Gleichnisse sollte nicht außer acht gelassen werden. Aber was machen wir mit unseren Gleichnissen? Wir entnehmen daraus eine Lehre und schmieden sie dann zu einer Waffe, damit wir damit zum Angriff übergehen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Plädoyer für Dichter und Schriftsteller halten. Ich betrachte sie als zu den Propheten unserer Zeit gehörend in dem Sinn, daß sie uns hinter den vielfältigen Wirklichkeiten die Wahrheit aufzudecken helfen. Sie helfen uns, die Zeit zu analysieren; sie sind wahrscheinlich dem Pulsschlag der Welt und dem des heutigen Menschen viel näher als mancher Seelsorger. Ich kann mir auch vorstellen, daß moderne Dichtung – und gewiß nicht nur moderne Dichtung – verschiedene Mentalitäten miteinander verbinden könnte. Man könnte sich an einem Gemeindeabend mit einem modernen Gedicht auseinandersetzen, um gemeinsam jene Erfahrung zu machen, von der ein solches Gedicht spricht.

Hier möchte ich auf den Zusammenhang von Literatur und Phantasie hinweisen. Gerade die Phantasie muß immer wieder angeregt werden. Es ist grauenvoll, wie sehr uns in der Kirche die Phantasie abhanden gekommen ist. Aber ich denke, daß gerade moderne Literatur unsere Phantasie und damit auch unsere Sprache anregen könnte. Ganz abgesehen davon – wenn ich richtig sehe, gehören wir alle Minderheiten an oder werden doch immer wieder in die Minderheit versetzt. Meine persönliche Erfahrung in diesem Zusammenhang ist die: Was wir an Stimmenmehrheiten nicht zusammenbringen, müssen wir durch Phantasie wettmachen. Sind Sie je einer phantasievollen Mehrheitspartei begegnet? Mußten nicht gerade die kleinen Gruppen und Gruppierungen sich immer wieder etwas einfallen lassen? Ich bin davon überzeugt, daß es in der Kirche sehr ähnlich ist.

In diesem Zusammenhang scheint mir noch ein weiterer Punkt sehr wichtig zu sein: Ziehen wir den Indikativ dem Imperativ vor. Es ist bezeichnend, daß ich diesen Satz imperativisch formuliere. Es ist aber ein Jammer, wie viel in unserer Kirche, in unseren Predigten und in unserer Katechese noch moralisiert wird. Als ob das nicht schon gemacht würde – wenn ich an den Staat denke, an unsere Betriebe, ja nur an die Hausordnungen. Streß und Überforderung sollten aus unseren Gemeindeversammlungen der Gemeinden, aber auch aus unserer Sprache eliminiert werden. Wir werden damit eine Atmosphäre der Gelöstheit und der Entkrampfung schaffen.

Theologische Kompetenz und Kreativität behandeln den Widersprechenden duldsamer als theologische Inkompetenz, die sich mit Formeln, Wiederholungen und Zurechtweisungen behelfen muß.

Diese Aussage hat mit den unmittelbar vorangegangenen viel gemeinsam. Es geht darum, daß an den theologischen Fakultäten vermehrt Kreativität ihren Platz findet. Ebenso meine ich, daß vermehrt nach dem Subjekt der Theologie gefragt werden sollte. Der Theologe hat sich zu fragen, für wen er sein Geschäft betreibt. Er tut es sich zu leicht, wenn er meint, er könne objektiv bleiben und über allen Fragen und Zwistigkeiten stehen. Echte Theologie entsteht nur aus einer entschiedenen Parteinahme heraus. Eine Theologie, die über den Konflikten stehen will, hat bereits demissioniert. Ebenso wird Theologie nicht mehr in einem elfenbeinernen Turm zu treiben sein; Theologie sollte es nur an der Basis und mit der Basis geben.

Wissen ist Macht – so sagt man zu Recht. Dann sollten die Wissenden, die Wissenschaftler, die Theologen sich aber auch bewußt sein, daß es auch auf diesem Gebiet darum geht, Macht zu teilen. Auch auf dem Gebiet der Theologie darf es nicht Herrscher und Beherrschte geben. Und vor allen Dingen: So wenig wie der Amtsträger, so wenig soll sich der Theologe zum Sprecher der Sprachlosen aufspielen. Die Sprachlosen bedür-

Die themenzentrierte Interaktion TZI (nach Ruth Cohn)

Ein Modell für lebendige Kommunikation und Gesprächsführung in Arbeitsgruppen jeglicher Art:

| | |
|---------------------------------|--|
| Thema der Einführungskurse: | Wie kann ich durch lebendiges Lehren und Lernen meine Erlebnisfähigkeit vertiefen und berufliche Konflikte in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen besser bewältigen? |
| Thema der Aufbaukurse: | Zwischenmenschliche Konflikte – was bedeuten sie mir, und wie löse ich sie? |
| Termine 1983: | Einführungsmethodenkurse: 4.–8. April Aufbaukurse: 4.–8. Juli 27.–31. März 12.–16. Juli 19.–23. Juli 1.–5. August |
| Adressaten: | Geistliche, Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen und alle, die in kirchlichen, sozialen und anderen Berufen neue Wege zum Menschen suchen. |
| Kurskosten: | Fr. 300.–. Einzahlung auf Postcheckkonto Waelti 30-66546 (= definitive Anmeldung) |
| Unterkunft: | Vollpension pro Tag ca. Fr. 40.– |
| Anmeldung bei der Kursleiterin: | Dr. phil. Elisabeth Waelti Höheweg 10 3006 Bern |

fen nicht der Sprecher, sie bedürfen der Sprache, und zwar ihrer eigenen, die man ihnen weggenommen hat. Über dem allem darf freilich nicht vergessen werden, daß Theologie eine Wissenschaft ist, die ihre eigene Sprache braucht. Man soll vom Theologen nicht erwarten, daß er unter dem Vorwand der Popularisierung fünf gerade sein läßt.

Ein Glaube, der sich als Vertrauen versteht und sich so der eigenen Ungeschuldetheit und Unverfügbarkeit bewußt ist, wird mit Widersprechenden großmütiger umgehen als ein Glaube, der sich inhaltlich klar definiert weiß.

Glaube als Vertrauen und als Unterwegssein. Die Jünger, die geängstigt und unter dem Sturmwind hin- und hergerissen im Boot zu Jesus rufen, müssen sich den Vorwurf des Unglaubens gefallen lassen (Mk 4, 40). Ob sie durch klar definierte Dogmen der Katastrophe entgangen wären? Ob wir durch klar definierte Dogmen der Bedrohung unserer Zeit entgehen?

Der zuhause gebliebene Sohn wird (im Gleichnis vom verlorenen Sohn) vom Vater gebeten, am Fest des verlorenen und wiedergefundenen Sohnes teilzunehmen. Wir wissen nicht, wie sich der ältere Sohn entschieden hat. Der Erzähler ist der Meinung, daß wir, die Hörer und Leser des Gleichnisses, an dessen Stelle stehen. Wir haben – vielleicht unser ganzes Leben lang – eine Antwort auf die Einladung des Vaters zu suchen. Und in dieser Antwort wird sich unser Glaube erweisen. Und es wird wohl niemand im Ernst leugnen, daß die Entscheidung, am Fest der Verlorenen teilzunehmen, auch eine eminent gesellschaftliche, ja politische Bedeutung haben wird. Sicher ist, daß wir dieser Einladung nicht im Aufzählen von klar umrissenen Dogmen entsprechen können, sondern nur durch das Mitmachen am Fest. Ich denke, ohne unsere herkömmlichen Glaubensbekenntnisse in Frage stellen zu wollen – sie sind nötig, damit die Gemeinde ihren Glauben zum Ausdruck bringen und feiern kann –, muß doch immer wieder nach dem existentiellen Ort unseres Glaubens gefragt werden. Und wenn uns dann noch und noch kein anderes Gebet mehr übrig bleibt als das «Hilf Herr meinem Unglauben», wird uns gerade dieses Leiden am eigenen Unglauben dazu befreien, mit dem Unglauben unseres Gesprächspartners zu leiden.

Eine lebendige Beziehung zur Gemeinde bzw. eine gute Kenntnis der Widersprechenden kann zwar wohl eine impulsivere, dafür aber auch eine sachgemäßere Stellungnahme gegenüber Widersprechenden mit sich bringen. – Ein distanzierendes Verhältnis zu Gemeinde und Widersprechenden kann zwar zu einer Stellungnahme führen, die allgemeiner gehalten ist, kann aber auch die Gefahr in sich bergen, die Widersprechenden zu verzeichnen.

Diese Erfahrung haben wir alle schon gemacht: Kennen werde ich einen Partner, einen Kontrahenten nur, wenn ich eine gute Wegstrecke mit ihm gegangen bin. Papierene Dossiers helfen hier nicht viel weiter. Hier müßte man sich die Frage stellen, ob derjenige oder diejenigen, die einen Konflikt in der Gemeinde lösen wollen, nicht zu mehr bereit sein müßten, als einfach beide Parteien mit anzuhören. Das Kennenlernen sollte nicht nur auf der rein intellektuellen Ebene vor sich gehen, sondern auch ganz existentiell. Die Lösungsangebote des Paulus für die Konflikte in der Gemeinde zu Korinth sind bestimmt vor allem deswegen so differenziert ausgefallen, weil er ja mindestens ein- und einhalb Jahre in dieser Gemeinde gelebt und als Handwerker gearbeitet hatte.

Differenziertheit gegenüber Inhalt und Form der Herausforderung bietet größere Gewähr für eine sachliche Auseinandersetzung als die pauschale Behandlung der Widersprechenden als «Gegner».

Es scheint mir ungemein wichtig zu sein, sich von den Vorurteilen zu befreien, mit denen wir selber die anderen einfangen wollen, sich aber auch befreien zu lassen von den Klischees, in die andere uns so gerne gefangen nehmen. Lassen wir uns von dem Zwang befreien, links oder rechts zu stehen. Geben wir

einander die Freiheit und nehmen wir uns die Freiheit, vorwärtszugehen.

Hinter den Aussagen des Kontrahenten sollte man auch immer wieder versuchen, sein Anliegen zu erkennen, und vielleicht wäre es gut, wenn man ihm dazu Sprachhilfe leistet. Denn sehr oft fehlt ihm die Sprache, sich richtig auszudrücken. Hinter der Sprache unseres Gesprächspartners wollen wir den Partner selbst entdecken. Er ist reicher, vielfältiger, lebendiger, ängstlicher, aber auch zu viel mehr fähig, als seine Sprache zuzugeben vermag.

Je weniger sich Verantwortliche mit einem bestimmten Amt innerhalb einer bestimmten Struktur identifizieren, desto größer ist die Gewähr einer duldsamen Auseinandersetzung mit Widersprechenden.

Auch diese sehr modern anmutende Äußerung könnte durch das Neue Testament leicht belegt werden. Tatsache ist, daß man immer wieder die Erfahrung machen kann, daß man mit kirchlichen Amtsträgern – welchen Kalibers auch immer – persönlich ganz gut fährt, daß es aber dann schwierig wird, wenn die gleichen Amtsträger sich zu einer Sache «amtlich» äußern müssen. Die Identifikation mit einem Amt oder auch mit einem System kann so groß sein, daß die leiseste Kritik am System dem Amtsinhaber persönlich ganz existentiell in Frage stellen kann. Ich möchte aber gleich hinzufügen, daß das eine psychosoziale Gegebenheit ist, mit der wir es auch dann zu tun haben werden, wenn in der Kirche «neue Ämter» geschaffen werden sollten. Denn diese Identifikationsmechanismen stellen sich ja nicht nur in der Kirche ein, sondern auch im Staat, ja in jedem sozialen Organismus, selbst in der Familie.

Ich darf hier an ein Wort des Pastoraltheologen *Ferdinand Klostermann* erinnern, der der Überzeugung war, daß eine völlige Identifizierung mit irgendeinem System, auch mit dem System «Kirche» zutiefst unmoralisch sei.

Man sollte aber bei all dem nicht vergessen, daß für viele Amtsträger – noch einmal, welchen Kalibers auch immer – die Identifikation mit dem System oder mit dem Amt gewissermaßen eine Existenzgrundlage ist und daß man sich darum hüten sollte, solche Menschen rücksichtslos ihrer Existenzgrundlage zu berauben. Vielmehr wäre es ratsam, gerade auch vom Evangelium her eine Atmosphäre der Befreiung – der Befreiung gerade auch aus solchen «amtlichen» Ängsten – und eine Atmosphäre der Herzlichkeit zu schaffen.

Wo sich der Rückgriff auf eine Autorität mit Sachverstand paart, wird der Verantwortliche dem Widersprechenden eher gerecht als dort, wo sich der Verantwortliche auf eine rein äußere Autorität beruft.

Das sei wiederum auf beiden Seiten hin gesagt. Auch die Berufung auf das Zweite Vatikanum muß mit Sachverstand gepaart sein. Sachverstand hat in diesem Zusammenhang auch etwas mit Verantwortung zu tun.

Wer bereit ist, einer Gemeinde Mündigkeit und geistige Regsamkeit zu attestieren, wird Widersprechenden in ihr eher gerecht als wer einer Gemeinde moralisch und intellektuell nur wenig zuzutrauen vermag.

Dazu wurde eingangs bereits als Beispiele auf mehrere (echte) Paulus-Stellen hingewiesen. Hierzu nur soviel: Gewiß sollen wir Rücksicht nehmen auf den «schwachen Bruder», wie Paulus sagt, auf die Schwäche und Unfestigkeit seines Glaubens. Die Unmündigkeit, die Schwäche, die Unfestigkeit der Gemeindeglieder sollte aber niemals zum Vorwand dienen, längstfällige Reformen nicht in Angriff zu nehmen. Der zuhause gebliebene Sohn könnte ja sein Wegbleiben vom Fest dadurch begründen, daß er seinem jüngeren Bruder nicht Ärger geben möchte. Aus der Teilnahme am Fest könnte der Jüngere ja den Schluß ziehen, man würde sein falsches Verhalten billigen. So wird es aber nie zum Fest kommen.

Ein «kooperatives» Gemeindeverständnis dürfte mit Widersprechenden einen duldsameren Umgang finden als ein «auto-

ritäres» Gemeindeverständnis, das von einer Kirche als von einer vorgegebenen, definierten Größe her denkt.

Man sehe gut zu: Es ist nicht gesagt, daß ein «kooperatives» Gemeindeverständnis vor Konflikten bewahren würde. Gewiß hat jeder schon die Erfahrung gemacht, daß das Gegenteil der Fall sein dürfte – wenigstens rein äußerlich gesehen. Unsere Frage ist aber nicht die, wie wir Konflikte vermeiden, sondern wie wir sie im Geist der Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit angehen.

Ein dynamisches und offenes Einheitsverständnis ist Widersprechenden gegenüber toleranter als ein statisches oder geschlossenes Einheitsverständnis, das in der Hauptsache bestrebt ist, das Erreichte festzuhalten und zu vereinheitlichen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne etwas sagen zu dem Unfug, der in bestimmten kirchlichen Kreisen mit dem Stich- oder Schlagwort «Einheit» getrieben wird. Aber ich glaube, ein Blick in den Pluralismus der Urkirche, ein Blick auf die Kirchengeschichte genügt, um festzustellen, daß die Einheit stärker belastbar ist, als man es hier und dort gerne meint. Auf alle Fälle sollte die vielbeschworene «Einheit» in Diskussionen nicht so schnell ins Spiel gebracht werden, besonders dann nicht, wenn es letztlich nur darum geht, berechtigte Anliegen abzublocken. Ein verständnisvoll ausgetragener Konflikt – auch wenn er sich über Monate hinzieht – steht dem, was das Neue Testament unter Einheit versteht, näher als die Verweigerung des Dialogs im Namen der Einheit. Wir dürfen glauben, daß die Einheit uns geschenkt ist; und wir dürfen glauben, daß sie uns geschenkt wird. Wenn wir uns in diese Spannung des «Schon» und «Noch nicht» hineinwagen, dürfen wir Einheit nicht nur beschwören, sondern immer von neuem erhoffen.

Zum Abschluß noch einige ergänzende Bemerkungen: Die Liste der «Gesetzmäßigkeiten» ist nicht vollständig. Sie kann und sie soll ergänzt werden.

Benutzen wir diese Liste nicht als Waffe. Sie ist uns nicht gegeben, um über andere zu urteilen. Es ist wenig sinnvoll und darum wohl auch wenig christlich, wenn ich anhand dieser Liste einem Gesprächspartner vorwerfen will, sein Glaube sei eben nicht der richtige oder er identifiziere sich allzusehr mit dem Amt oder mit der Kirche als Institution oder er hätte ein rein autoritatives Gemeindeverständnis. Jeder von uns hat an irgendeinem der genannten Punkte seine Schwächen aufzuweisen. Und vielleicht wird er bei seinem Gesprächspartner anhand dieser Liste auch die eine oder andere Schwäche feststellen. Denken wir aber daran, daß diese Schwächen auch bei den Leuten des Neuen Testaments auftreten. Das sei nicht zum Trost gesagt. Ich möchte nur um Verständnis werben. Die Liste soll uns helfen, die andern und uns selbst besser zu verstehen. Wir sollen und dürfen einander unsere Brüchigkeit durchaus auch zugestehen. Und das nicht nur im Kreis der Gleichgesinnten, sondern auch denen gegenüber, mit denen wir eben das Heu nicht auf der gleichen Bühne haben. Und zuletzt: Fragen wir bei unseren Konflikten nicht so sehr nach der Technik der Bewältigung. Greifen wir auch nicht zu dieser Liste wie zu einer Rezeptkiste. Fragen wir nach dem, was Jesus gewollt hat und was Gott mit seinem Christus heute in dieser unserer Welt will. Fragen wir nicht so sehr, wie wir es in der Kirche besonders nett haben könnten, sondern was wir als Kirche, als Gemeinde in dieser Welt für einen Auftrag haben.

Hermann-Josef Venetz, Fribourg

Windstille in der Schweizer Jugendpolitik?

Gespräch mit einem Jugendseelsorger

Orientierung: Pater Marzell Camenzind, Sie sind Kapuziner und Jugendseelsorger für das Birstal, einem Teil der Region Basel. Gleichzeitig sind Sie Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, die im November 1980 die berühmten gewordenen «Thesen zu den Jugendunruhen 1980»¹ herausgegeben hat und anschließend mit der Broschüre «Stichworte zum Dialog mit der Jugend»² versuchte, die in den «Thesen» gemachten generellen Vorschläge zu einer offenen Jugend- und Gesellschaftspolitik zu konkretisieren und zu ergänzen. Die «Thesen» waren ein Bestseller und wurden nicht nur in der Schweiz eifrig diskutiert. Jetzt hat man den Eindruck, daß nicht nur alle «Bewegung» vorbei ist, sondern auch der Dialog weitherum verstummt und die damaligen Forderungen in Vergessenheit geraten. Ist dieser Eindruck richtig?

Camenzind: Zu einem großen Teil leider ja. Nehmen Sie z. B. die Erfahrung, die hier die Gemeinde Reinach mit ihrem Jugendhaus macht. Das Projekt wurde während der Unruhen 1980/81 gestartet. Ohne Mühe kamen 3000 Unterschriften zusammen. Man war selbstverständlich «dafür» – wenn vielleicht auch aus lauter Angst. Je mehr aber den Leuten bewußt wurde, worum es eigentlich geht und welches eventuelle Konsequenzen sein könnten, um so mehr ging die Zustimmung zurück. Der Planer wurden immer weniger, und von den anfänglich 120 Jugendlichen, die sich engagierten, sind heute noch 20 übrig. Dennoch kam das Projekt bei der letzten Volksabstimmung auf Gemeindeebene knapp durch und soll 1984 Wirklichkeit werden. Wahrscheinlich müssen aber die Jugendvereine, die in Reinach und in der Region glücklicherweise stark und intakt

sind, sich mitengagieren, denn über die offene Jugendarbeit allein wäre dieses Zentrum kaum zu halten. Die Abstimmungsvorlage über das Jugendhaus bewirkte immerhin, daß das Gespräch über Jugendfragen nicht ganz abbrach, wie dies an anderen Orten der Fall war.

Aufgebauscht und dramatisiert?

O: Was geschieht auf kantonaler Ebene, in der Region?

C: Der Kanton Basel-Landschaft hatte ein Gremium mit Vertretern aus verschiedenen Institutionen geschaffen. Indes waren die Zusammenkünfte so unverbindlich und wenig nutzbringend, daß sie mit der Zeit eingestellt wurden. Basel-Stadt selber entfaltet kaum große Initiativen. So ist mir nicht bekannt, daß die Stadt eine Arbeitsstelle für Jugendfragen geschaffen hätte. Die Anstrengungen werden der «Basler Freizeit-Aktion» (BFA) und kirchlichen Organisationen überlassen. Die BFA wird heute im Jahr mit beinahe einer Million Franken unterstützt. Kirchliche Organisationen sind auf ihre eigenen Finanzen angewiesen. Der Hauptakzent ihrer Arbeit liegt vor allem auf der personalen und kaum auf einer politischen Ebene. Obwohl man zu ein und derselben Agglomeration gehört und mit denselben Problemen zu kämpfen hat, gibt es in der Jugendpolitik praktisch keine Zusammenarbeit. Basel-Land will wenig zu tun haben mit den Schwierigkeiten der Stadt – und umgekehrt. Man steht hilflos vor einem Berg von Problemen und wagt sich nicht an sie heran. Man unternimmt kaum etwas, ist froh, daß «sie» still sind, und hofft insgeheim ängstlich, daß nichts passiert. Nach außen hin bekommen dann jene Politiker recht, die behaupten, den Jugendunruhen habe man zu große Aufmerksamkeit entgegengebracht und sie seien schließlich auch noch falsch interpretiert worden. Das viele Gerede um «AJZ», «Freiräume» usw. habe sich als Gespräch auf Holzweigen entpuppt. Heute zeige sich eindeutig: alles ist nicht so ernst

¹ Thesen zu den Jugendunruhen 1980, aufgestellt von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, Bern 1980. Zu beziehen beim Bundesamt für Kulturpflege, Postfach, CH-3000 Bern 6.

² Stichworte zum Dialog mit der Jugend, zusammengetragen von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, Bern 1981. Zu beziehen a. a. O.

zu nehmen, wie damals lautstark von Presse, Radio und Fernsehen verkündet wurde. Man hätte von der ersten Minute an mit allen Mitteln unmißverständlich klarlegen und durchsetzen sollen, daß die Kinder und Jugendlichen «die Regeln, Institutionen und Zwänge begreifen lernen, die die Freiheit erst ermöglichen», wie sich *Jeanne Hersch* in ihren «Antithesen»³ ausdrückte.

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen wurde denn auch von vielen als prominenter Sündenbock hingestellt: Sie habe mit ihren Stellungnahmen die Gewaltanwendung der Jugendlichen gerechtfertigt, den Sinn für die Rechtsordnung geschwächt und Freiräume der Anarchie befürwortet. Die oberflächliche Diagnose der Kommission mit ihren Gemeinplätzen gehörten wohl zum Dümmersten, was in unserer Zeit zu einem Bestseller geworden sei.

O: Die Arbeit der Kommission ist aber doch auch positiv aufgenommen worden, wenn auch der Weg des Erfolgs mit einem Umweg über die Bundesrepublik verbunden war, wo weit über hunderttausend Exemplare der «Thesen» abgesetzt wurden.

C: Die Wirkung unserer Arbeit war überraschend. Viele Betroffene konnten das Bild der Unruhen besser verstehen und verloren die Angst, sich damit zu konfrontieren. Tagungen mit Eltern, Lehrern, Lehrmeistern und anderen mehr ließen gerade in der Auseinandersetzung mit den «Thesen» und «Stichworten» die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem wirren Bild der Ereignisse viel näher kommen. Man entdeckte die schwarzen Flecken, die aufzuhellen die Aufgabe aller ist. Untersuchungen in Deutschland bestätigten unsere Sicht. Wer sich der Realität nicht einfach verschloß und wer seine gewohnte Brille für einmal auf die Seite legte, dem zeigte sich ein wohl eher düsteres Bild, aber nicht eines ohne Hoffnung, ohne Tiefe und ohne Ausweg.

Die «Antithesen» von Jeanne Hersch

O: Wie beurteilen nun aber Sie und die Jugendkommission den anderen Bestseller, die «Antithesen» von Jeanne Hersch?

C: Daß die «Antithesen» ebenfalls Wirkung zeigten, ist nicht zu bestreiten. Nicht nur Parlamentarier und Militärs bedienten und bedienen sich ihrer. Bei Vorträgen und Diskussionen war ich immer wieder mit Voten konfrontiert, die eindeutig von den «Antithesen» inspiriert waren. Oft kannte man nur diese, nicht aber unsere «Thesen» und «Stichworte».

Ich frage mich, ob der Großteil der Befürworter der «Antithesen» diese wirklich studiert hat, z. B. den allerletzten Satz der Schrift: «Schuldig sind wir, die «Erwachsenen» von gestern und heute. Nostra culpa» (58). Wir Eltern, Erzieher, Lehrer und so weiter wären demnach die allein Schuldigen. Dagegen wehre ich mich vehement, dagegen haben wir uns auch in der Kommission gewehrt! Zu billig ist es, einseitig jemandem die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wahrscheinlich haben die Befürworter diese Selbstverurteilung gar nicht wahrgenommen. Wieweit die Autorin selbst davon betroffen war, kann ich nicht sagen. Wäre sie aber tiefer davon betroffen gewesen, dann hätte sie meiner Meinung nach ein Schuldbekenntnis der Erwachsenenwelt schreiben müssen und nicht eine Anklageschrift an die Adresse der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen und schon gar nicht an die der Jugendbewegungen.

Schwer zu begreifen ist, daß eine Philosophin mit großen Qualitäten nicht einsehen kann, daß eben personenunabhängige und längst schon selbständig gewordene Strukturen, in denen wir alle leben müssen, zu den bitteren Erfahrungen der Jugendunruhen geführt haben. Vor vielen Jahren haben es Menschen einmal so ausgedrückt: Wir haben Gesetze, und nach denen müssen eben viele sterben. Es muß nicht einmal Bosheit dahin-

³ Jeanne Hersch, Antithesen zu den «Thesen zu den Jugendunruhen 1980», Verlag Peter Meili, Schaffhausen 1982 (Titel der Originalausgabe: Jeanne Hersch, L'Ennemi, c'est le Nihilisme. Antithèses aux «Thèses» de la Commission Fédérale pour la Jeunesse. Georg, Genève 1981.)

terstecken, es reicht bereits die Faulheit, etwas verändern zu wollen. Mit diesen Gesetzen, die sehr viele träge machen, meine ich eingeschlifene Traditionen und Haltungen, Erziehungsmodelle, politische Abläufe und ähnliches mehr. Schuld tragen wir also insofern, als wir es nicht wagen, an die Aufgabe heranzugehen, dem Geist des Miteinander und der Kreativität Platz zu machen, der sehr wahrscheinlich zu einer menschenwürdigeren Gesellschaft führen könnte. Genau das sind die wesentlichen Aussagen und Absichten der «Thesen» und «Stichworte».

Im übrigen hat Frau Hersch, wohl ohne es zu merken, auf den besten Seiten ihrer Schrift die Einsichten der Kommission übernommen und mit ihren eigenen Worten weiterverkündet. Leider haben viele ihrer Leserinnen und Leser dies nicht entdeckt. Sie haben vielmehr das «Anti» von Frau Hersch weitergetragen, als ob Antihaltungen aus Sackgassen herausführen würden, wo dies doch nur mit konstruktiven Gesprächen und Lösungen gelingen kann. Endlich muß auch gesagt sein, daß der Jugendkommission öfters Aussagen unterschoben werden, die diese nirgends gemacht hat, und danach wird gegen diese Ansichten vorgegangen. So unterstellt Frau Hersch der Kommission, sie rechtfertige die Gewaltanwendung und mache Eltern, Behörden und Erzieher unsicher und ratlos; sie schwäche den Sinn für die Rechtsordnung und propagiere Freiräume der Anarchie. Wer so etwas aufgrund der «Thesen» und «Stichworte» behauptet, der hat bei der Lektüre eine eigenartig getönte Brille aufgesetzt.

O: Haben die «Antithesen» in der Jugendkommission zu reden gegeben?

C: Eigentlich nicht besonders. Die Kommission war auch gegen eine große öffentliche Debatte, etwa am Fernsehen. Einerseits, weil wir bereits mit einer neuen Arbeit befaßt waren und sich auch nicht alle Mitglieder die «Thesen» und «Stichworte» – sie waren das Ergebnis einer Untergruppe der Kommission – zum persönlichen Anliegen gemacht hatten. Andererseits, weil man den Eindruck hatte, in der ganzen Auseinandersetzung spiele auch Genfer Lokalpolitik eine gewisse Rolle, nämlich der Antagonismus zwischen der Sozialdemokratin Jeanne Hersch und dem liberalen Stadtrat *Olivier Segond*, der für die erfolgreiche Jugendpolitik der Stadt Genf mitverantwortlich und zugleich Präsident der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen ist.

Nachstoßen in der Politik

O: In der vergangenen Wintersession des Parlaments wurde das Amnestiebegehren des Schweizerischen katholischen Jugendverbandes und der Jungen Kirche der Schweiz für die nach den Jugendunruhen verurteilten Jugendlichen und jungen Erwachsenen von National- und Ständerat abgelehnt.⁴ Hat man sich damit befaßt?

C: Nein. Auf die Möglichkeit der (nicht dieser) Amnestie wird in den «Stichworten» zwar hingewiesen. Befaßt haben wir uns aber damit nicht. Uns beanspruchte inzwischen der Auftrag des Eidgenössischen Departements des Innern, zum Postulat des Nationalrates (*Müller-Marzohl*, Luzern) vom 14. Dezember 1978 betreffend Jugendleiter-Ausbildung einen Bericht zu erstellen. Dieser konnte Ende Juni 1982 unter dem Titel «Unterstützung der aktiven Jugendarbeit»⁵ veröffentlicht werden. Er beschäftigt sich nicht nur mit der Jugendleiter-Ausbildung, sondern auf 72 Seiten mit der außerschulischen, aktiven Jugendarbeit in der Schweiz überhaupt, sei sie in Verbänden und Vereinen organisiert oder offen und informell: Sinn und Ziel, Träger, rechtliche Stellung und Finanzierung. Mit diesem Be-

⁴ Vgl. Richard Bäuml, Zur Amnestiedebatte. Eine Nachlese, in: *Reformatio* 32 (1983) 91–94.

⁵ Unterstützung der aktiven Jugendarbeit. Bericht der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen zum Postulat des Nationalrates (*Müller-Luzern*) vom 14. Dezember 1978 betreffend Jugendleiter-Ausbildung. Bern 1982. Zu beziehen: Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale, CH-3000 Bern.

richt, der auch ganz konkrete Forderungen stellt, die in den Richtlinien der Regierungspolitik für die Legislaturperiode 1983–1987 Aufnahme finden sollen, will man in der Jugendpolitik nachstoßen. Die Sache scheint auf guten Wegen zu sein. Dabei legt die Kommission Wert darauf, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu einer verstärkten Administration im Jugendbereich führen. Die Jugendorganisationen brauchen nicht eine Jugendverwaltung, sondern wirksame Unterstützung in ihrer Arbeit und ihren Initiativen.

O: Wenn wir von der gesamtschweizerischen Ebene wieder ins Birstal zurückkehren dürfen: Was beschäftigt Sie im Augenblick hier in Reinach am meisten?

C: Im Augenblick eindeutig das Drogenproblem. Wir begegnen ihm jetzt schon in der Real- und Sekundarschule, bei 14- und 15jährigen. Da wir in unserer Jugendarbeit ein möglichst breites Spektrum anstreben, haben wir es auch mit diesen gefährdeten Jugendlichen zu tun. So stieß neulich eine Gruppe zu uns, in der Haschkonsum schon gang und gäbe war, und die ihn keineswegs im Pfarreiheim gelernt hat. Wir vertrieben sie nicht, da diese Schüler sich ja auch sonst treffen: auf der Straße, im «Flip-in», privat. Jetzt haben sie bei uns einen eigenen Raum, und die Leiter versuchen, mit ihnen etwas zu machen. Leider ist in diesen Fällen meist nicht mehr allzuviel möglich. So haben wir Treffs, die Drogentreffpunkte sind oder geworden sind. Wir wissen nicht ohne weiteres, was wir tun sollen.

O: Was sind die Ursachen dieses immer früheren Drogenkonsums?

C: Noch vor kurzem war man der Ansicht, daß der Einstieg mit Problemen zu Hause, in der Schule oder am Arbeitsplatz zu tun habe. Fragt man die Jugendlichen aber selber, so bekommt man heute vielfach zur Antwort: «Ich finde das «lässig». Warum denn nicht, etwas muß man ja auch haben.» Probleme kommen auf sie erst zu, wenn sie einmal drin stecken. Schon nach einem Monat sind sie selbst bei bloßem Haschkonsum nicht mehr voll ansprechbar. Man kann nicht mehr recht auf sie bauen, sie zu etwas verpflichten. Man weiß nie, wann sie wieder «verreisen». Erstaunlich ist nur, daß es in der Schule nicht gleichzeitig bergab geht. Das ist das einzige, was sie als Ziel haben: hier durchkommen.

Jugendarbeit – Verantwortung aller

O: Wir können jetzt nicht darauf eingehen, wie denn die Jugendlichen überhaupt mit dem Drogenmilieu in Kontakt kommen und den Konsum finanzieren. Eins würde uns aber noch interessieren: Führt das Drogenproblem wenigstens dazu, daß Jugendarbeit und Jugendseelsorge ernst genommen werden und die nötige Unterstützung finden?

C: Dem ist nicht unbedingt so, und hier liegt ein echtes gesellschaftliches Problem, das sich mit dem deckt, was wir zu Beginn über die erstaunliche Ruhe in der Jugendproblematik gesagt haben. Was mit Jugendlichen zu tun hat, wird nicht hundertprozentig ernst genommen. Dafür erscheint alles zu unfaßlich und schwierig. Auch Jugendseelsorger werden nicht ganz ernst genommen. Man ist gut genug für dies und das, findet aber nicht das Gehör, das man eigentlich erwarten dürfte. So habe ich z. B. gegenwärtig ordentlich Mühe mit einer kirchlichen Baukommission. Wir möchten in der Gegend ein Haus übernehmen und mit den Jugendlichen sinnvoll um- und ausbauen. Auf diese Weise soll es *ihr* Haus werden, und sie sollen einen Bezug dazu finden. Die Kommission traut uns nicht zu, daß wir dies in eigener Regie können, obwohl wir doch ausgebildete Maurer, Elektriker, Maler, selbst Architekten haben. «Aber hören Sie, das muß dann recht gemacht werden!» – «Aber wir haben doch Handwerker, die genau so gut sind wie die bestimmter Firmen oder Betriebe ...» Es geht eindeutig um eine Frage des Vertrauens. Und dabei sollte es doch gerade eine Chance für die Kirche sein, den Jugendlichen gegenüber Vertrauen aufzubringen.

O: «Etwas zu bauen» ist doch für junge Leute wichtig, hat Symbolcharakter.

C: Ja, es geht um mehr als nur um die Renovation eines Hauses. Diese Arbeit ist als solche ein Grundbestandteil der Jugendarbeit. Übrigens haben wir in unserem Angebot auch Sozialeinsätze, wo in den Ferien gegen freie Unterkunft und Verpflegung gearbeitet wird, z. B. im Tessin, wo wir in einer kleinen und armen Gemeinde ein Lokal für die dagebliebenen, zumeist alten Leute herrichten, in dem sich 40–50 Leute auch außerhalb des Restaurants treffen können.

O: Eine allerletzte Frage: Wie soll es weitergehen?

C: Diese Frage müssen Erwachsene und sicher auch die Jugendlichen beantworten, wir, die heute die Verantwortung tragen und die Zukunft mitgestalten. Ich glaube, da gibt es nur eine Antwort: Dialog und Aktion! Dies mag nach einem Gemeinplatz tönen. Doch Dialog und Aktion werden zur harten Realität und äußerst konkret, wenn wir versuchen, das zur Sprache zu bringen, was uns bedrängt und beschäftigt, und wenn wir dort gemeinsam Hand anlegen, wo Werke entstehen sollen, die zum größeren Verständnis zwischen jung und alt, zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den verschiedenen Nationen beitragen. Verweigern wir uns heute dieser Aufgabe und Pflicht, werden wir schon morgen wieder in Sackgassen und vor unbegreiflichen Bildern einer unmenschlichen Gesellschaft stehen.

Kompendium der Schuld-Theologie

«In der Wurstelei unseres Jahrhunderts, in diesem Kehraus der weißen Rasse, gibt es keine Schuldigen und auch keine Verantwortlichen mehr. Alle können nichts dafür und haben es nicht gewollt.» Diesen trefflichen Satz von Dürrenmatt, in dem ein zynischer Neofatalismus entlarvt wird (der freilich nicht als die reine Unwahrheit zu verwerfen ist, sondern die Konsequenz der rational-irrational ablaufenden Automatik der modernen Zivilisation benennt), stellt *Michael Sievernich* einem Abschnitt in seinem hochgelehrten und zugleich äußerst aktuellen Werk «*Schuld und Sünde in der Theologie der Gegenwart*» als Motto voran.¹ Das Zitat formuliert ein (verbreitetes) Unbehagen, das im Hintergrund der ebenso scharfsinnigen wie beneidenswert fleißigen Untersuchung Sievernichs gestanden haben mag: Obwohl allenthalben von der «Verantwortung» des und der Menschen für «alles Mögliche» geredet wird und «wir» einer pausenlosen Attacke pädagogischer, politischer, religiöser und philosophischer Imperative und Adhortationen ausgesetzt sind, die uns das sittlich richtige Verhalten klarzumachen suchen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß «Schuld», vor allem aber Schuld als «Sünde», immer mehr zu einem jener Worte geworden ist, die in unserer Gesellschaft immer weniger bedeuten. Nicht nur in juristischen und technischen, auch in psychologischen und sogenannten existentiellen Zusammenhängen hat die Frage nach der «Verursachung», hat das «Verursacherprinzip» die Rede von Schuld oder gar von Sünde weithin ersetzt, was sicherlich weder auf Zufall noch auf Bosheit oder Dummheit beruht.

Daß sich in dieser Lage die Theologie des Themas in besonderem Maße anzunehmen hat, liegt auf der Hand; wenn «Schuld» bzw. «Sünde» verschwindet, verliert die biblisch-christliche Religiosität ihre *raison d'être*. Soll aber theologischerseits heute über Schuld/Sünde gehandelt werden, um den Menschen aus ideologischem Interesse etwas einzureden? Diese Problematik ist Sievernich bekannt; für ihn ist Schuld eine im

¹ Frankfurter Theologische Studien, Bd. 29. Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1982, 464 Seiten (Zitat auf S. 225; das Zitat findet sich auch bei F. Böckle, *Fundamental-moral*. München 1977, S. 100).

Individuellen und Gesellschaftlichen antreffbare, lebensweltliche Realität, die den Menschen stets begleitet hat und begleitet. Zu untersuchen, wie die neueste Theologie dieses «Phänomen Schuld» reflektiert, ist also ein nur zu berechtigtes Unterfangen.

Sievernich studiert sein Thema am Beispiel der Theologien von *Karl Rahner, Piet Schoonenberg, Paul Tillich, Pierre Teilhard de Chardin, Dorothee Sölle, Johann Baptist Metz, Gustavo Gutierrez, Hans Küng* sowie anhand neuerer Katechismen bzw. «Glaubensbücher». Er ist dabei keineswegs auf die von ihm befragten Autoren fixiert, vielmehr gelingt es ihm vorbildlich, die geistig-kulturell-gesellschaftlichen Kontexte einzubeziehen. So entstehen jeweils präzise monographische Darstellungen, die weit über das leitende Thema hinaus für die Interpretation der genannten Theologen im allgemeinen wertvoll und nützlich sind. Man wird nicht erwarten, daß im Rahmen einer kurzen Anzeige dieses umfangreichen Werkes, das in Münster als theologische Dissertation vorgelegen hat, eine hinreichende Würdigung möglich ist; insbesondere muß ich es mir versagen, die zahlreichen wichtigen Einzelanalysen und Durchblicke, die das reichhaltige Buch bietet, wie z. B. den Vergleich zwischen Teilhard de Chardin und der Theologie des Irenäus (181–184), den Exkurs über Hannah Arendts «Politische Philosophie der Vergabung» (198–202), die Einschätzung der Position Dorothee Sölles (184–198), das Problem der «strukturellen Sünde» in der Theologie der Befreiung (249–268), die kritischen Bemerkungen zu Hans Küng (388–409) und anderes hier wiederzugeben und zu kommentieren. Ich möchte lediglich *ein* Stichwort aufgreifen und außerdem *einen* Eindruck formulieren.

«Unschuld», «Schuld» und sündige Strukturen

Das Stichwort heißt «Unschuldswahn», und es ist J. B. Metz, der gegen ihn protestiert und polemisiert (vgl. 210–219). Gewiß kann niemand einen «Unschuldswahn» rechtfertigen wollen, weil wir – auch aus der Sicht einer skeptischen Philosophie – nie ausschließen können, daß wir in gewissem Maße und in gewissen Situationen wirklich frei sind und dann auch von dieser «kleinen» Freiheit sittlich falschen Gebrauch zu machen im Stande sind. Was mich aber stört, ist die holzschnittartige Gegenüberstellung von Unschuld (bzw. Unschuldswahn) und Schuld-(bzw. Sünden-)Bewußtsein. Wir kennen doch heute die Vielzahl der unsere Freiheit einschränkenden Faktoren, so daß auch beim Thema Schuld auf die Zwischentöne nicht verzichtet

werden kann. Anderenfalls könnte man leicht einem Schuld-(bzw. Sünden-)Zuweisungswahn, Schuldvermutungswahn, ja einem «Schuldswahn» verfallen, der nach meiner Ansicht ein schwaches, weil unvermitteltes Theologumenon (oder christliches Mythologumenon) darstellt. Denn phänomenologisch und also philosophisch ist es keineswegs klar, daß und in welchem Sinne «Schuld» als ein ursprüngliches «Phänomen» angesehen werden kann, und exegetisch beurteilt ist «Gott» allein der Richter, der Herz und Nieren des Menschen prüft, und sind wir gehalten, nicht zu richten. Lassen sich nicht die Aussagen über die «sündigen Strukturen» nur dann glaubhaft vertreten, wenn man die breite Grauzone zwischen Unschuld und Schuld psychologisch-anthropologisch und soziokulturell genauer bedenkt und zugleich das Tragische in der Weltgeschichte ernsternimmt? Sievernich hat die heutigen theologischen Positionen zum Thema Schuld hervorragend und eingehend nachgezeichnet; meine Bedenken beziehen sich daher nicht auf sein Buch, auch nicht primär auf einzelne dort vorgestellte Positionen, wohl aber auf einen Schuld-Unschuld-Dualismus, der längst eine Abstraktion geworden ist. Ihm entspricht generell die Überschätzung der Moral, so daß ich mikro- und makrologisch mit einem sehr bezeichnenden (jedoch hier nicht auf seine geschichtsphilosophischen und existentiellen Implikationen hin zu verfolgenden) Satz *Joseph Ratzingers* übereinstimme, der in dessen «Spiegel»-Interview vom 9. Mai 1983 zur Atomrüstung und -abrüstung zu finden ist: «Wieweit eine moralische Aussage in dieser Welt zu etwas führt, bleibt immer umstritten». (S. 124)

Schließlich noch ein *Eindruck*: Das Kapitel über Teilhard de Chardin verweist sehr klar auf die bekannten evolutiven und geschichtlichen Perspektiven. Doch hier wie auch bei jenen Theologen, die – zu Recht natürlich – von der strukturellen Sündigkeit sprechen, fällt auf, daß eine heute brandaktuelle Problematik noch nicht gesehen wurde und offenbar noch nicht gesehen werden konnte: die *Ökologie-Problematik*. Auch in dieser Hinsicht kommt jedoch dem Begriff der strukturellen Sünde oder der sündigen Struktur erhebliche Bedeutung zu, nicht zuletzt (wenn auch nicht nur) deshalb, weil man im Christentum den Verursacher, ja den Schuldigen glaubt gefunden zu haben. Es wäre sehr reizvoll, die Perspektive Teilhards mit der des in Berkeley lehrenden Physikers *Fritjof Capra* zu vergleichen, der in zwei beachtlichen Werken² für den Übergang von der mechanistischen zur ökologischen Weltansicht plädiert und auf seine Weise zum Nachdenken über die Schuld-Unschuld-Frage herausfordert.

Sievernichs Buch erweist sich somit als ebenso fundiert und instruktiv wie anregend und verdient als eine Art Kompendium der gegenwärtigen Theologie am Leitfaden des Themas «Schuld und Sünde» besondere Beachtung und Anerkennung.

Heinz Robert Schlette, Bonn

² Vgl. F. Capra, *Der kosmische Reigen. Physik und östliche Mystik – ein zeitgemäßes Weltbild*. Bern/München/Wien 1977; ders., *Wendzeit – Bausteine für ein neues Weltbild*, ebd. 1983.

Zur Titelseite

«Auch ich schweige hier öffentlich»: Von einer Freundesgruppe vor einem Jahr verfaßt und zunächst unter Bekannten weitergereicht, ist dieser Handzettel am 9. Mai im Auditorium Maximum der Universität Freiburg im Breisgau vor 1300 Anwesenden verlesen worden. Es geschah dies anlässlich einer vom Studium Generale der Universität und der Volkshochschule Wyhler Wald veranstalteten öffentlichen Diskussion mit Ivan Illich. Der Text steht hiermit zu Abdruck und Vervielfältigung frei: ein Blatt zum Aufheben und Weitergeben.

«Schweigen für den Frieden» ist von Straßburg aus innert Jahresfrist in über 80 Städten zur festen Institution auf öffentlichem Platz geworden. In Freiburg, wo das einstündige Schweigen wie anderswo jeweils am Freitag von 18 bis 19 Uhr gehalten wird, kam man schon auf so viele Teilnehmer, daß diese, als sie miteinander eine Kette bildeten, das ganze Münster zu umschließen vermochten.

L. K.



Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Clemens Locher, Karl Weber, Josef Bruhin, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Raymond Schwager (Innsbruck)

Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 201 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge
Konto Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postcheckkonto Stuttgart 6290-700

Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnementspreise 1982/83:

Schweiz: Fr. 33.- / Halbjahr Fr. 18.- / Studenten Fr. 24.-

Deutschland: DM 39,- / Halbjahr DM 22,- / Studenten DM 28,-

Österreich: öS 300,- / Halbjahr öS 170,- / Studenten öS 200,-

Übrige Länder: sFr. 33.- plus Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 40.- / DM 45,- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: Fr. 2.- / DM 2,50 / öS 20,-

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich